

Berliner Tageblatt

Die unersetzte einseitige Monopolstellung
gegenüber der Restwelt keine Demokratisierung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Stad- und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Lloyd George für Zusammenarbeit mit Amerika.

Als Gewähr für den Weltfrieden.

London, 19. Mai. (W. Z. B.)

Bei dem heute abend zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harbord gehaltenen feierlichen Begrüßungsessen bei dem Vorkauf der Beschlüsse der Versammlung von Genève, die Lloyd George in seiner Rede betonte, daß die Aufgabe, mit der ihn Harding betraut habe, nicht nur darin liege, die bestehenden herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten aufrechtzuerhalten, sondern sie noch zu verstärken. Bezüglich der Reparationsfrage erklärte er, hohe britische Beamte hätten ihm freimütig angegeben, daß die amerikanische Erklärung die hinsichtlich gegeben habe, die davon überzeugt, daß weitere Zeitvergeudung nutzlos sei. Dann erinnerte Harbord an den Beschluß, die amerikanische Beteiligung im Obersten Rat zu wiederholmalen, und fragte: Abente ein besserer Beweis für die Geneigtheit der amerikanischen Regierung gewünscht werden? Der Sprecher herzoglicher Mitwirkung auf allen Wegen zu erfüllen, die nicht mit ihrer anerkannten Politik unvereinbar sind, deren Ziel es ist, Frieden und Wohlstand in der ganzen Welt wiederherzustellen. Bezüglich des Völkerbundes sagte Harbord, es gebe noch Leute, die zu glauben scheinen, daß die Vereinigten Staaten sich noch dem Völkerbunde anschließen könnten. Das amerikanische Volk habe mit einer Mehrheit von sieben Millionen Stimmen sich dagegen ausgesprochen. Die Regierung könne daher, ohne zur Verletzung an ihren Wählern zu werden, nichts mit dem Völkerbunde, oder irgendeiner Kommission oder einem Ausschuss, der von ihm ernannt sei, oder mit irgendeiner Verantwortung ihm gegenüber zu tun haben, und wolle dies auch nicht.

Lloyd George erklärte, die gute Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Amerika liege in der sicheren Bürgschaft für den Weltfrieden. Er freue sich, daß Kanada die Vereinigten Staaten im Obersten Rat betreue und der bevorstehenden Konferenz beizutreten werde. Dann kam der Premierminister kurz auf die europäische Lage zu sprechen, wobei er sagte: „In Mitteleuropa bekümmern alle Zustände, die mit dem Frieden wieder zu normalen Zuständen führen. Es ist schwer, klar und wohlgeordnet zu denken, aber es ist notwendig, klar zu denken, für unsere eigene Sicherheit ist es notwendig, irgendwelche Mittel zu finden, die die Nationen aus diesem Sackruhr des Chaos und der Entwürdigung herauszuführen. Die zukünftige Wohlfahrt der Welt hängt mehr von dem guten Einverständnis und der engen Zusammenarbeit zwischen England und Amerika, als von irgendeiner anderen Tatsache ab; sie ist die beste und sicherste Gewähr für den Weltfrieden. Der Beschluß der Vereinigten Staaten, Harbord als Vertreter Amerikas in den Obersten Rat zu entsenden, und ihn an der bevorstehenden Sitzung teilnehmen zu lassen, ist unangebracht, denn es ist wesentlich für den Frieden, daß Amerika dabei ist. Wenn dieser Rat nicht der letzte ist, dann wird der nächste Europa in Trümmern legen. Wir sind froh, daß die Vereinigten Staaten gekommen sind, nicht weil wir sie in der europäischen Streitigkeiten hineinziehen wollen, sondern weil wir wollen, daß Amerika uns heraushilft. Die Ereignisse in Ober-

schlesien in den letzten Monaten haben bewiesen, wie abhängig nicht nur eine Nation Europas von der andern, sondern wie abhängig ein Kontinent von dem andern ist. Der Beschluß der Vereinigten Staaten erweckt daher Hoffnungen.“ Lloyd George begrüßte Harbord als Vertreter der großen Demokratie im Rate der Nationen der Welt.

Harbord erklärte in seiner Rede, er sei von seiner Regierung ermächtigt und angewiesen worden, daß, falls eine Sitzung des Obersten Rates zur Erörterung der obersten Frage stattfinden sollte, er in derselben den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu vertreten habe.

Amerikas Beteiligung am Obersten Rat.

(Privatmeldung)

London, 20. Mai.

Die Frage, ob Amerika tatsächlich wieder im Obersten Rat vertreten sein wird, bleibt noch immer unentschieden. Gestern wurde die Reduktion veröffentlicht, daß Hughes nach wie vor auf dem Standpunkt verharre, die europäischen Angelegenheiten ebenso wie die obersten Frage berühren die Vereinigten Staaten nicht, und es hätte keinen Zweck, Vertreter zu den Besprechungen zu entsenden. Die Erklärung Lloyd Georges beim Festessen zur Begrüßung des neuen amerikanischen Botschafters, er sei froh, daß Harbord als Vertreter seiner Regierung wieder am Obersten Rat teilnehmen und sogar der nächsten Sitzung (wo doch die oberste Frage zur Entscheidung kommen soll) beizutreten werde, hat aber die Vermutung wieder bekräftigt. Außerdem muß die Lösung des Rätsels darin gesucht werden, daß Harbord zwar anwesend sein wird, aber lediglich als Beobachter, ohne sich an den Diskussionen und Entschlüsse zu beteiligen. Es ist aber fraglich, ob diese Rolle mit der Würde eines Botschafters zu vereinbaren ist.

Nächste Woche Beratung der Resolution Knox.

Paris, 19. Mai. (W. Z. B.)

Einer Privatmeldung aus Washington zufolge hat der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Harding erklärt, der Präsident lege den Inhalt des Beschlusses, die Resolution Knox angenommen werde, die Resolution Knox wird dem Repräsentantenhaus nächste Woche vorgelegt werden.

Präsident Harding hat die Gesetzesvorlage, betreffend die Eingetragung der Einwanderung unterzeichnet.

Zusammenkunft

zwischen Briand und Lloyd George?

Paris, 20. Mai. (W. Z. B.)

Wenn auch eine demnächstige Versammlung des Obersten Rates für den Augenblick noch wahrscheinlich ist, so dürfte es, nach dem „Echo de Paris“, nicht ausgeschlossen sein, daß ein persönliches Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Briand, morgen, Samstag, in Boulogne stattfindet.

Die Klagenfurter Tagung.

Die Anschlussfrage. — Die Aufgaben des Deutschen Schulbundes.

Von unserem Sonderberichterstatter
Dr. Paul Michaelis.

Klagenfurt, 15. Mai.

Am Pfingstsonntag fand aus Anlaß der Tagungen, die der Deutsche Schulbund und der Südbund hier abhielten, ein Trachtenfest statt, der wohl ein und eine halbe Stunde lang an den gebräugten Mauern der Fußgänger vorüberzog. Von der strahlenden Maihitze wurden die bunten Farben der Gewänder der Festteilnehmer in Glanz und Schimmer getaucht. Dazu kam, daß die lebensfrohen Helfer ihre zum Teil entzündeten schönen Trachten mit besonderer Anmut zu tragen wußten. Und gleichzeitig mußte man doch die erkennliche Zügellosigkeit dieser unalten Festlichkeiten bemerken. Jedes Mitglied des Traubensessels hat seine Besonderheiten, an denen es sich festhält, weil seine Bewohner wissen, welche einen Schatz sie in ihren alten Gewändern besitzen. Das Bild wurde noch bunter, weil auch zu den Rärtern die Vertreter der Nachbarländer, die Tiroler, Salzburger, Ober- und Niederösterreicher, Steirer und Vorarlberger gehörten waren. Auch aus Ungarn, den Südbunden und Oberösterreich waren einzelne Gruppen in dem Festzuge vertreten. So sah man hier einen Aufmarsch der wichtigsten deutschen Stämme des Südens, alle von dem Geiste der Tagung, ihr Volkstum zu bewahren und zu fördern, erfüllt, und doch zugleich von freudiger Stimmung, an dem Abschluß des Lebens teilzunehmen zu können. In diesen Zusammenhängen habe das von Klagenfurt ausgehende vollendet vorgelegene Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ mit der Schlusswort: „Das ganze Deutschland soll es sein.“

In allen den Kreisen, die sich hier zu Ernst und Scherz zusammengelassen hatten, ist der Wille zum Anschluss an das Deutsche Reich sehr stark. Ich habe, so viel ich mich umhörte, niemand gefunden, der nicht seine Seele zum Gesamtdeutschland stößt ausgesprochen hätte. Und doch kommt man über die Bedenken, die sich angesichts dieser Bewegung aufdrängen, nicht leichtem Weges hinweg. Es sind nicht nur die unangenehmsten Schwächen der Genente gegenüber, wie sie von der Wiener Regierung nicht ohne Grund ins Feld geführt werden, die eine Bewirtlichung des Anschlussgedankens jetzt unmöglich machen, sondern es fehlt auch nicht an grundsätzlichen Erwägungen, die das Anschlussproblem komplizieren. Seit 300 Jahren ist das Band zwischen den habsburgischen Ländern und dem übrigen Deutschland gelockert, seit mehr als 100 Jahren ist es zerfallen. Zwar haben die großdeutschen Bestrebungen nie völlig ausgeblieben, aber in der Ära der „Realpolitik“ mußten sie fruchtlos bleiben. Es war von Professor Max in E. S. P. in der eine Rede über die rechtliche Lage des Reichstums hielt, doch wohl etwas sehr konstruktiv, als er Bismarck zum Gewähr für die heutige Bewegung zu machen suchte. Bismarck hat allerdings nie, auch nicht bei Königgrätz, den Gedanken eines Zusammenschlusses mit Österreich aus den Augen verloren. Aber sein Ziel war, wenn nicht dynastischer, so doch politischer Art. Die von ihm getriebene Verdingung und Bündnispolitik beruhte gerade auf einer Nichtteilnahme in der nationalen Verhältnisse des Völkergemeinschaft Österreich-Ungarn. Damit unterscheidet er sich grundlegend von der heutigen Bewegung, die auf einen Zusammenstoß der zentralen Bewegung des Reichstums gerichtet ist. Das habsburgische Reich, von dem der Bundesvertrag von Kärnten, Dr. C. E. m. i. s. h. mit vollem Recht sagte, daß es von Herz von Kärnten zerlegt worden wurde und zerfallen bleibt, wird erst aufgehört haben zu existieren, ehe die Bahn für den Anschluss der Deutsch-Oesterreicher an das Deutsche Reich frei wurde.

Auch heute sind die zu überwindenden Schwierigkeiten ungeheuer. Man muß sich schon den hoffnungsvollen Blick in die ferne bewahrt haben, um die trübe Gegenwart nicht als Dauerzustand anzuerkennen. Die Hoffnung auf den Völkerbund, an die man sich hier vielfach flammert, ist zum mindesten trügerisch, auch wenn man unbedingte Lust lassen wollte, daß der Völkerbund, wenigstens in seiner jetzigen Gestalt, nach der unabweisbaren Abgabe Amerikas, nur noch ein Scheinwesen führt. Auch ist kaum anzunehmen, daß der Völkerbund, dessen Spitze gegen Deutschland gerichtet ist, sich zu einer innerlichen Stärkung des Deutschstums bereifunden lassen könnte.

Und selbst wenn die äußeren Hemmnisse in einer späteren Zeit gefallen sein sollten, werden noch die inneren Gegenstände ausgeglichen werden müssen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß der deutsche und zumal der norddeutsche Oesterreicher sich von der ganzen Lebensauffassung des Deutschen Oesterreiches wesentlich unterscheiden. Hier eine gewisse Weichheit auch in tatsächlichen Dingen, dort viel mehr ein Hartes und in der Form. Solche Verschiedenheiten lassen sich beim besten Willen nicht von heute auf morgen ausgleichen. Diese und ähnliche Bedenken, die sich besonders auch angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Struktur von Nord und Süd aufdrängen müssen, ändern allerdings nichts an dem elementaren Willen der Deutsch-Oesterreicher, zum Reich zu kommen. Nur eine Politik, die nicht über den Tag hinausgeht, kann an dieser Bewegung, die ein Trost im Unglück ist, gleichgültig vorbeigehen. Aber die Anschlussfrage muß erst nach allen Richtungen ausreifen, ehe die letzten Konsequenzen gezogen werden können.

Vorkünftig gibt es noch eine große Reihe nachfolgender Aufgaben zu lösen. Der Deutsche Schulbund hat ein klares Programm, von dem er sich nicht abwenden lassen darf. Er will das Gemeinheitsgefühl zwischen allen Reichsdeutschen ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit und Staatszugehörigkeit pflegen, und er will die gefährdeten Volksgemeinschaften ohne Unterschied der Religion und unter Zurückstellung aller parteipolitischen und Klassengegensätze schützen. Damit ist alles

Der Beginn der Pariser Kammerdebatte.

Die Rede Tardieus.

Mit getragenen ersten Tage der großen Pariser Kammerdebatte — über den Vorkauf der Beschlüsse der Versammlung von Genève — haben wir politische Geister der ersten Reihe den Herrn André Tardieu, denn der Monarchist Baudouin, der durch eine gewisse Bekanntheit des Auftritts die Tradition seiner Familie fortsetzt, wird nicht jetzt ernst genommen. Herr Tardieu selbst hat seiner die Debatte auf der Rede Tardieus. Dieser von unruhigem Ehrgeiz getriebene und geschäftsgewandte ehemalige politische Leiter des „Lemps“, der während des Krieges Sonderbotschafter in den Vereinigten Staaten und nach der deutschen Niederlage der eifrigste Mitarbeiter Clemenceaus bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages war, versucht bei solchen Gelegenheiten, die Position zurückzugewinnen, die er durch die Blümpfung am Vertrag verloren hat. Er ist einer der wenigen, die dem alten Clemenceau treu geblieben sind. Herr Tardieu, der gleichfalls zur Gruppe der Vertragsgestaltung und Clemenceaus gehörte, hat es vorgezogen, sich loszulösen und in das Kabinett Briand einzutreten. Während ist der ganze „bloc national“, der die Kammer befehligt, in Abereinstimmung mit der nationalen Presse behauptet, Clemenceau und seine Leute hätten sich bei dem Vertrag von Genève nicht abgegeben, sondern im Vertrauen auf die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen geschwiegen, hätte wohl auch eine Aufhebung des Krieges erreicht werden müßte, behauptet Herr Tardieu immer wieder, all diese schönen Möglichkeiten seien in dem Vertrag durcheinander, und die schwächlichen Realisten, die nach Clemenceau gekommen seien, veränderten nur seinen Gebrauch davon zu machen und wüden ihrerseits vor England stets weiter zurück. Gestern verfuhr Herr Tardieu den Nachweis, das Kabinett Briand habe durch die Londoner Beschlüsse abermals auf einen großen Teil der Entschädigung verzichtet, die Frankreich zufomme, und Frankreich verliere dadurch sogar fünfzig Prozent seiner früheren Forderungen. Clemenceau habe seinen Willen bereit durchgesetzt gewußt. Nur weil das Kabinett Briand sich wach sei, spreche Lloyd George, so wie man es jetzt habe erleben müssen. Zu den Angriffen gegen Lloyd George war Herr Tardieu gewandter als in seinen Anklagen gegen Briand. Ein so kluger und frecher Mann, der selbst noch an die Regierung zu gelangen will, hülfte sich dabei, in die Tonart der Pariser Presse zu verfallen und sich in den Augen Englands unmöglich zu machen.

Herrn Briand aber war die gestrige Debatte gewiß nicht unangenehm. Es kann ihm nur lieb sein, wenn seine Gegner aufmarschieren und ihn vorzerrhen, Herrn Lloyd George gegenüber zu weichtüchtig zu sein. Bei der Zusammenkunft in Washington wird er zu Lloyd George sagen: „Sie haben zu gesehen, wie man mich bereits behandelt — nachgeben kann ich nun nicht mehr. Und er kann die Angriffe des Herrn Tardieu um so mehr als einen Freischützendienst hinhinnehmen, da es äußerst unwahrscheinlich ist, daß ihn, beeinflusst durch solche Reden, die Kammer schon jetzt, vor Boulogne, ihr Vertrauen entziehen wird.“

Die Ausführung des Entwaffnungsklimatus.

Die geforderten Erklärungen und Anweisungen erlassen.

Berlin, 20. Mai. (W. Z. B.)

Gestern mittag um 12 Uhr ist die erste Frist abgelaufen, die von der internationalen Militärkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung des von Deutschland angenommenen Entwaffnungsklimatus gefordert worden ist. Innerhalb dieser Frist hatte die deutsche Regierung, die von der Kommission festgesetzten Höchstzulassungen an Kriegsmaterial für das Meer und an Ausstattungsmaterial für die Seebesatzungen anzuerkennen; sie hatte sich der von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Kriegsmaterial zugelassenen Fabriken zu unterwerfen; es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der von der Kommission nicht zugelassenen Geschütze, Waffen und des Gerätes der Landstellungen, sowie über die Abgabe der überflüssigen Bestände an Ausstattungsmaterial für die Küstenbesatzungen zu erlassen und der Kommission mitzuteilen; es waren endlich Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit der von der Kommission auszuübenden Kontrolle sicherzustellen und die zu diesen Zweck getroffenen Anweisungen zur Kenntnis der Kommission zu bringen. Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Auswärtigen Amt im Namen der Reichsregierung vorgehalten worden; der Befehl zur Ablieferung der nicht zugelassenen Geschütze, Waffen und anderen Bestände der Landstellungen ist vom Reichswaffenminister bereits am 13. Mai, die anderen durch die Note verlangten Befehle sind am 19. Mai erteilt worden. Die von der Kommission der betreffenden Bedingungen sich ergebenden Forderungen sind sofort erfüllt, die nötigen Ausführanweisungen sind erteilt.